PLATTFORM NEWS

25.4., 18:30 - Tschernobyl-Gedenken am Wackersdorf-Denkmal siehe Beilage

Fukushima, PLAGE & japanischer Politologe S. 9

PN 1/16

NACHRICHTEN DER ÜBERPARTEILICHEN PLATTFORM GEGEN ATOMGEFAHREN (PLAGE) APRIL 2016 · EURO 3,–

Öko-Stimmen zur Pariser Klimakonferenz

Paris: Klima und Atom

Die PN konzentriert sich auf die Ereignisse und Einschätzungen zur Rolle der Atomenergie auf der Pariser Klimakonferenz („Conference of the Parties – COP21“). Zunächst aber auch ein paar Stimmen zum Gesamtergebnis.

Horrorszenario Klimawandel, FAZ 30.11.2015

Folgen für Klimapolitik

Schlagzeilen…

„Unkritische mediale Euphorie“ **(Univ.-Prof. Dr. Stefan SCHLEICHER,** jahrelang an den UN-Klimaverhandlungen beteiligter Ökonom der Universität Graz, in Die Furche, 17.12.2015)

„Pariser Gipfelheimkehrer feiern – und machen weiter so“ und „Ein klares ‚Tja‘ – Klimaschutz ist die Kunst, Verbindlichkeit zu simulieren“ (FAZ, 15.12.2015)

„…berauschten sich die Staatschefs am Pathos eines historischen Augenblicks“ (FAZ, 14.12.2015)

„Atomlobby kapert Klimagipfel!“ (Kronenzeitung, 12.12.2015. Also vor dem Verhandlungsabschluß und somit eher ein – berechtigter – Warnschuß.)

„Neuer Elan für das Klima“ **(Axel MICHAELOWA,** GF der im Klimaschutz tätigen Beratungsfirma Perspectives, und Jürg FÜSSLER, Vorstandsmitglied der Zürich Carbon Market Association, in Neue Zürcher, 24.12.2015)

„Für die Menschheit – der Vertrag von Paris ändert die Energiepolitik auf der Welt“ **(Michael BAUCHMÜLLER,** auf Klima und Energie spezialisierter Redakteur der Süddeutschen, SZ, 14.12.2015)

„Paris macht die globale Energiewende unumkehrbar“ (Großinserat von rd. 30 Unternehmen, von REWE und Adidas über den Biolebensmittelvertrieb Alnatura bis zum ex-AKW-Betreiber Energie Baden-Württemberg/EnBW, am 16.12.2015 in dt. Zeitungen. In der Anzeige werden aber gleich 6 konkrete, weitergehende Forderungen zur Umsetzung an die dt. Bundesregierung gestellt!)

PLAGE ECHO

Badische Zeitung

Mit dem Bürgerentscheid (gegen das AKW Zwentendorf) war das Nein zur Atomkraft ein Stück österreichische DNA geworden. Unvergessen: der Wiener Opernball 2007, als Gäste auftauchten, die ihre knallgelbe Abendgarderobe mit der typisch roten Anti-Atom-Zwinkersonne verziert hatten." Das waren Aktivisten von der Oberösterreichischen und der Salzburger Plattform, die Männer dabei durchaus im schwarzen Frack, aber natürlich mit gelber Schleife. Und darauf nicht nur die „Zwinkersonne", liebe Badische Zeitung, sondern vor allem: die Forderung „RAUS aus EURATOM!"

Statements

Oliver GEDEN, Leiter der Forschungsgruppe EU/Europa bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin (Süddt. Zeitung, 7.1.2016)

Den mit ungeheurem Aufwand und PR-Inszenierung verbundenen globalen Klimakonferenzen hält er grundsätzlich entgegen: „In einer komplexen Welt ist es illusorisch, ein konsistentes Handeln der Staaten zu erwarten." Illusorisch also, daß an die 200 Staaten untereinander weitgehend widerspruchsfrei, schlüssig-logisch-konsquent handeln. Geden fordert im Titel seines Gastkommentars „Handeln statt Visionen": Klimapolitik solle „sich weniger auf hehre Ziele als auf praktikable Maßnahmen konzentrieren."

Reinhard UHRIG, Atom-Kampagnenleiter bei Global 2000:

Immerhin ists ein Vertrag geworden, den alle unterschrieben haben - wichtig. Aber alles Verbindliche ist erstmal raus, viele schwache Formulierungen, viele zögerliche Ziele.

Hans-Josef FELL, als Bundestags-Abg. der GRÜNEN gemeinsam mit Hermann SCHEER (SPD) 2000. Vater des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG); aktuell Präs. Energy Watch Group (eM 14.12.2015)

Ohne Zweifel, es ist ein **historischer Durchbruch.** Der bedeutendste Wert des Abkommens ist, dass die globale Staatengemeinschaft nun offiziell anerkennt, dass die Erderwärmung ein riesiges Problem ist, und dass sich 196 Staaten dazu bekennen, das Klima schützen zu wollen. Das war bis letzte Woche bei weitem nicht so.
Entscheidend für den Durchbruch war, dass es gelungen ist, die **Erneuerbaren Energien zu einer gewinnbringenden Wirtschaftsbranche** zu machen. Dies hat die Führenden der Welt dazu bewegt, Klimaschutz zu akzeptieren.

Jeremy LEGGETT, ex-Greenpeace-Campaigner, Vorstand von SolarAid und SolarCentury (eM 15.12.2015 & 11.1.2016)

Am Samstag, dem 12. Dezember 2015 erlebte ich **etwas, dessen Ausmaß und Tragweite nichts in der Geschichte der Menschheit gleichkommt.** Die meisten Staaten der Erde haben das erste globale Abkommen beschlossen, eine existentielle Bedrohung der Zivilisation, ja des Lebens auf unserem Planeten überhaupt, zu bekämpfen. Darin steckt ein derartiges Potenzial für die Gesellschaft, daß wir vom Pariser Abkommen realistisch als dem Auslöser oder gemeinsamen Motor für eine Erneuerung der Menschheit träumen dürfen. Vielleicht lasse ich mich da aber zu weit mitreißen…
Das klare Signal – nicht zu verwechseln mit einem „Problem ist gelöst"-Szenario, das von vornherein nicht auf dem Tapet war – wird im Energiesektor am spürbarsten sein. Vor allem **sagt es den Finanzinstitutionen, daß aus den Hunderten von Milliarden Dollar pro Jahr, die heute in saubere Energie investiert werden, bald Billionen werden,** und zwar viel schneller, als die meisten Leute je vermuteten. Und das Signal sagt den Energie-Akteuren: das Zeitalter der fossilen Brennstoffe ist vorbei.

PLATTFORM NEWS

IMPRESSUM

Alleineigentümer, Herausgeber, Verleger: Verein Überparteiliche Salzburger Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE). Verlagsort: 5020 Salzburg. **Redaktion:** Heinz Stockinger, Julia Bohnert, Gerhild Kremsmair, Peter Machart, Thomas Neff. **Vereinsadresse, Redaktion:** 5020 Salzburg, Nonntaler Hauptstraße 86, Tel. und Fax 0662/643567.
Bürozeiten: Mo–Do 9 – 13 Uhr, Fr 9 – 12 Uhr, e-mail: info@plage.cc. **Blattlinie:** Zeitschrift zur Förderung des Ausstiegs aus der Atomenergie und des Einstiegs in humane, umweltfreundliche Energiealternativen.
Herstellung: Bubnik-Druck, Ebenau

Folgen für Atompolitik

Ontario Clean Air Alliance, 9.12.2015

Befürchtungen im Vorfeld: Bill Gates' Breakthrough Energy Coalition pries in Paris die Atomkraft als ein Zaubermittel gegen den Klimawandel. Die meisten Mitglieder der Coalition sind absolute Atomfanatiker. Gates selbst fördert seit langem die Entwicklung der Small Modular Reactors (SMR), die klein, aber dafür massenhaft errichtbar sein sollen, quasi zur Versorgung einzelner Stadtviertel.

James HANSEN, *US-Klimatologe und eingefleischter, äußerst umtriebiger Atombefürworter*

Reinhard UHRIG, Atom-Kampagnenleiter bei Global 2000:

In der „offiziellen" inneren Zone hatten **sowohl die spezielle Klima-Lobby der Atomindustrie „Nuclear For Climate" als auch die Internationale Atomenergieagentur der UNO (IAEA) und die Nuclear Energy Agency (NEA) der OECD** einen Stand. In ihrem Side Event „Why the Climate Needs Nuclear Energy" werden nochmal alle Argumente aufgefahren, die immer noch mehr mit Grimms Märchen als irgendwas mit der Realität zu tun haben: „Kernkraft ist sicher"…"rasch verfügbar"… "Atommüllproblem lösbar"…usw.
Besonders gut: **„Nuclear is Competitive"** („Atomkraft ist wettbewerbsfähig"). Gefragt, **warum das geplante britische AKW Hinkley Point dann staatlich garantierte 12,6 Cent pro Kilowattstunde braucht,** inflationsgebunden auf 35 Jahre usw, drucksen sie etwas rum von „Die Branche befindet sich gerade in einer Art Übergangsphase"(!?!). „Komm mir schon vor wie bei einer Sekte", Uhrig dazu wörtlich. Freilich „einer sehr gefährlichen."

Ontario Clean Air Alliance, 9.12.2015

Die gute Nachricht ist: die Atomkraft wird in den Entwürfen für den Klimavertrag, die in den letzten Tagen vorgelegt wurden, nicht einmal erwähnt.
Und woran sich die Atomindustrie auf der COP21 die Zähne ausbeißt: 100% Erneuerbare sind erreichbar!

Beyond Nuclear (USA), 17.12.2015

Zur COP21-Klimavereinbarung gibt es von Umweltschützerseite gemischte Einschätzungen. Doch gab es **einen eindeutigen Grund zum Feiern: die Atomindustrie zog enttäuscht ab.** Trotz vollem PR-Arsenal und Medienfeuerwerk gelang ihr kein Durchbruch. Vom hochfahrenden Bill Gates über US-Energieminister Ernest Moniz (> Kurzartikel zu SMRs, S. 5) bis zum Klimatologen James Hansen – vermochte der Atomklub die Atomenergie nur unter jeder Menge euphorischer Annahmen und unerfüllbarer Voraussetzungen zu „verkaufen". Der Klimawandel wartet aber nicht auf atomare Luftschlösser!

Nuclear Information and Resources Center (NIRS, USA), 20.12.2015

Ein Stück vom Erfolg gehört uns allen: **Weder wirbt das erste weltweite Klimaabkommen für die Atomkraft,** noch stützt es sich darauf. Trotz unaufhörlichem, intensivem Lobbying der Atomindustrie und dem beinahe totalen Ausschluß atomkritischer Stimmen aus den Verhandlungen trug unsere Kampagne "Don't Nuke the Climate!" den Sieg davon.

Nachdem der „Klima-Marsch" im Gefolge der November-Attentate verboten worden war, sammelten verhinderte Teilnehmer/innen über 20.000 Marsch-Werkzeuge — darunter auch die Schuhe des Papstes und die des UN-Generalsekretärs! Die Schuhe wurden vor den Klimaverhandlungen am Place de la République aufgereiht.

Folgen für Atompolitik

Unter dem Vorwand, damit den Ausstoß der Treibhausgase drosseln zu können:

Atomlobby kapert Klimagipfel!

Paris. – „Es ist ein echter Umweltskandal, der sich hier anbahnt", empört sich GLOBAL 2000-Aktivist Johannes Wahlmüller. Und tatsächlich wirbt die Atomlobby am Rande der immer hitziger und immer heftiger werdenden Klimaverhandlungen für die Anerkennung der Atomenergie als saubere Alternative zur Reduzierung der Treibhausgase.

Kontact gehen an den sogenannten Green Climate Fund, der als neuer Topf-Geld in der internationalen Klimafinanzierung (ab 2020 mit 100 Milliarden Dollar dotiert) eingerichtet wird. Die Kriterien für die Projektvergabe in den unterschiedlichsten Bereichen – von der Umsetzung bis zur Forschung – stehen noch nicht einmal genau fest, schon wollen internationale Reaktorbetreiber und Staaten, in denen die Atomenergie unerwünscht ist, in diesen Topf greifen.

„Einige Länder versuchen die Gelder des Green Climate Fund für die Förderung von Atomprojekten zu verwenden. Das ist eine sehr besorgniserregende Entwicklung. Wir müssen unbedingt ein Auge darauf haben, dass sich das nicht in die falsche Richtung entwickelt. Nur in den erneuerbaren Energien liegt die Zukunft. Wir werden uns daher genau ansehen, wohin unser Geld fließt", so Umweltminister Rupprechter, der nach wie vor in den Marathonverhandlungen um das Zustandekommen dieser für die Menschheit so wichtigen Abkommens ringt.

Österreich hat als Erstfinanzierung 20 Millionen zugesagt. Wie berichtet, hatte auch Bundeskanzler Faymann in seinem COP21-Eröffnungsplädoyer in Paris dem Atomsektor der Atomlobby eine klare Absage erteilt.

China, Indien zwangen Gipfel in Verlängerung

Die asiatischen Schwergewichte und massiven Kohleverbrenner China und Indien zwangen die Konferenz in die Verlängerung. Sie stellen sich an die Spitze der Länder, die Schadensersatz für Schäden durch Klimawandel fordern. In dem großen Ringen telefonierte US-Präsident Obama intensiv mit Chinas Staatschef Xi, um doch noch einen „Klimavertrag mit Biss" zustande zu bringen.

Kurt Seinitz, Mark Perry

Demonstranten befürchten als Folge des Klimagipfels eine Renaissance der Atomenergie

„Krone" 12.12.2015

Reinhard UHRIG, Atom-Kampagnenleiter bei Global 2000

Der finale Textentwurf ist viel zu schwach, um die Welt vor einem bedrohlichen Klima-Chaos und einem mittleren Anstieg von 1,5 °C zu retten, der für viele niedrig gelegene Länder das sichere Absaufen bedeuten wird.
Und dann kommen die versagenden Atomkraftler auch noch und **wollen den Green Climate Fund schröpfen,** der ohnehin zu niedrig dotiert ist und dessen Mittel natürlich für Klimaschutzmaßnahmen und im schlimmsten Fall für Klimawandelanpassung benötigt werden.
(…) weiter ein genaues Auge darauf haben, **dass die Atomkraftler uns keine Formulierung in die Verträge schummeln, in der sie doch noch an die Gelder des Green Climate Fund rankommen.**

Auf der Klimakonferenz hatten wir ein Auge auf die Verhandler, prangerten die Konzernlügen und -korruption an und übergaben die Petition von 524 Atomgegnerorganisationen aus der ganzen Welt mit der Botschaft: Atomenergie ist die falsche Lösung für die Klimakrise. Und wir von der „Don't Nuke the Climate!"-Kampagne waren bei den Massendemonstrationen am letzten Tag der Konferenz – 15.000 Teilnehmer/innen – bunt und sichtbar dabei. (NIRS).*
** Getragen von WISE-Amsterdam, Réseau Sortir du Nucléaire (RSN), Global 2000 / Friends of the Earth (FOE) und Nuclear Information and Resources Service (NIRS, USA).*

Der Arc de Triomphe schaut klein aus im Vergleich zur Menschenmenge… (Foto: R. Uhrig, 12.12.20)

hot spots INT'L - Klimagipfel Paris

SMRs – Auftrieb für Nuklearenergie?

Kleinreaktoren in Modulbauweise (Small Modular Reactors / SMRs) würden von ca. 50 Firmen in den USA entwickelt, sagte US-Energieminister Ernest MONIZ auf einer Pressekonferenz während der COP21-Klimakonferenz in Paris. Das sind Kernreaktoren mit einer elektrischen Leistung von 50 bis 300 Megawatt – im Vergleich zu den gängigen Kernkraftwerken mit 1.000 MW oder mehr. Ein weiterer Unterschied ist, daß die Hauptkomponenten von SMRs in der Fabrik vorgefertigt, mittels LKW auf das Baugelände transportiert und dort zusammengebaut werden können.

Bloß, seit Jahrzehnten sind die Kleinreaktoren im Gespräch. Hauptstoßrichtung der Atomindustrie mit zunehmendem Schwinden des öffentlichen Rückhalts war allerdings: immer größere Reaktoren! (Bedeuten: weniger Standorte nötig, und größere Einheiten angeblich wirtschaftlicher.) Dann aber plagten sich gerade diese Großreaktoren von 1.200 und mehr Megawatt Leistung mit immensen Problemen, etwa der zunächst hochgerühmte erste Europäische Druckwasserreaktor (EPR), der bei schon 3-facher Kostenüberschreitung im finnischen Olkiluoto seit Jahren laufen sollte, aber noch immer nicht fertig ist. Wenn die großen Reaktoren gehäuft auf Hindernisse stoßen, tauchen dann die SMRs auf. Und obwohl zB Milliardär Bill GATES seit Jahren deren Entwicklung unterstützt, ist in den USA noch kein SMR in Betrieb, und bei der obersten US-Atomaufsichtsbehörde (Nuclear Regulatory Commission – NRC) ist noch nicht einmal ein einziger Antrag auf Baubewilligung eingegangen.

US-Energieminister MONIZ, auf der Homepage der Société Française de l'Energie Nucléaire (SFEN) während des Klimagipfels in Paris und danach, wo die SFEN Teil der PR-Plattform Nuclear4Climate war. Die Lobbyorganisation SFEN ist ein Zusammenschluß von 3 600 Ingenieuren, Technikern, Chemikern, Ärzten, Professoren und Student/inn/en, die an den nuklearen Industrie- bzw Forschungsstandorten Frankreichs tätig sind. (Quelle: Nuclear4Climate, 12.8.2015)

hot spots INT'L - USA

For First Time, Majority in U.S. Oppose Nuclear Energy

AMERICANS' VIEWS OF NUCLEAR ENERGY

FAVOR	OPPOSE
44%	54%

GALLUP POLL, MAR 2-6, 2016

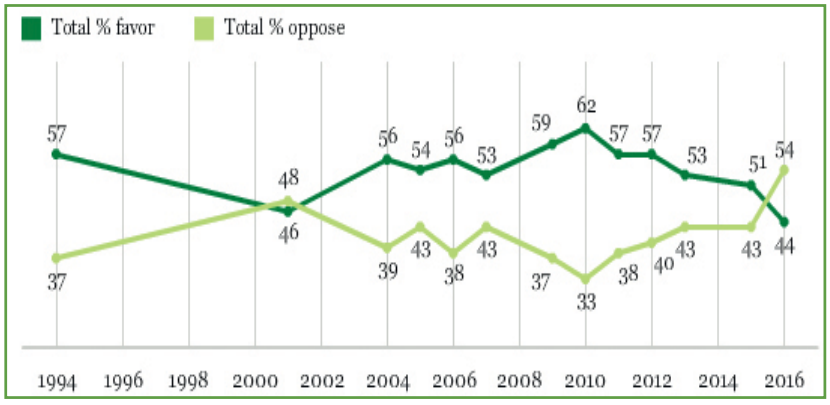
WASHINGTON, D.C., GALLUP-Politics, 18.3.2016. – Seit 1994 führt das Gallup-Institut zum Atomthema Umfragen durch. Zum ersten Mal in diesen gut 20 Jahren spricht sich nun eine Mehrheit von US-Amerikanern gegen die Atomenergie aus. Die Gegnerschaft hat gegenüber einem Jahr zuvor signifikant zugenommen, nämlich von 43% auf 54%. Währenddessen sank die Befürwortung von 51% auf 44%.

2011 führte Gallup seine jährliche Erhebung der Einstellung zu Umweltfragen einige Tage vor der Nuklearkatastrophe in Fukushima durch. Zu dem Zeitpunkt befürworteten 57% der Amerikaner die Kernenergie. Als die Frage 2012 – also nach dem japanischen Dreifach-Super-GAU – das nächste Mal gestellt wurde, blieb diese Befürworter-Mehrheit ziemlich stabil. Doch obwohl sich seit 2011 kein großer Atomzwischenfall ereignet hat, sind die US-Bürger nun mehrheitlich gegen die Kernenergie. Das läßt vermuten, daß die niedrigeren Energiepreise und der Eindruck von reichlich verfügbaren Energiequellen die wesentlichen Faktoren für die Einstellung gegenüber der Atomenergie sind. Sicherheitsbedenken aufgrund atomarer Zwischenfälle dürften demgegenüber zweitrangig sein.

Im Lager der republikanischen Wähler überwiegen zwar weiterhin knapp die Atombefürworter, die Pro-Stimmen haben aber von 68% im Vorjahr auf 53% deutlich abgenommen. Da unter den Sympathisant/inn/en der Demokratischen Partei nur noch ein Drittel pro eingestellt sind, ergibt sich die oben erwähnte klare ablehnende Mehrheit von 54% zu 44%.

Mehrheit von Amerikanern nun gegen Atomenergie

Sind Sie sehr bzw. eher für Atomkraft, oder sehr bzw. eher gegen diese Form der Stromerzeugung in den Vereinigten Staaten?



Anmerkung: Die Erhebungen 2001-2009 und im Jahr 2012 wurden an einem nur halb so großen Korpus von Befragten durchgeführt.

Bündnis 90/Die Grünen:

Klimaschutz in die Verfassung!

Auf ihrer Winterklausur 2016 hat die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen die Forderung beschlossen, den Klimaschutz in die Verfassung aufzunehmen.

Eine Verankerung des **Klimaschutzes in der Verfassung** ist längst überfällig, weil ohne Klimaschutz das Überleben der Menschheit gefährdet ist. Deshalb ist der Verfassungsrang mehr als geboten, betont der langjährige Energie- und Atom-Sprecher der Grünen im Bundestag, Hans-Josef Fell, in seinem Newsletter vom 8.1.2016. Die Verankerung in der Verfassung wäre auch die Grundlage für wirklich wirksame Gesetze. Zudem würden klimaschädigende Handlungen vor Gerichten ganz anders beurteilt als ohne diese Verfassungsgrundlage. Der Schutz des individuellen menschlichen Lebens ist zu Recht längst in der Verfassung verankert, der kollektive Schutz der Menschheit vor der Selbstauslöschung durch die Erderwärmung aber nicht.

Bereits 2008 hatten in Bayern die regionalen Erneuerbaren-Pioniere Hans Arpke, Ernst Schrimpff und eben der Bundestagsabgeordnete Fell eine Initiative angestoßen mit dem Ziel, über ein Volksbegehren den Klimaschutz in die Bayerische Verfassung aufzunehmen. Der Verein „Klimaschutz - Bayerns Zukunft e.V.“ hatte dazu ein Rechtsgutachten erstellen lassen. **Diese Machbarkeitsstudie „Verankerung des Klimaschutzes und des Vorranges der Erneuerbaren Energien in der Bayerischen Verfassung“** wurde von Prof. Dr. Wolfang Kahl, Ordinarius für Öffentliches Recht (damals an der Universität Bayreuth), erstellt *(http://www.hans-josef-fell.de/content/index.php/dokumente/2-studien-und-analysen/196-rechtsgutachten-klimaschutz).*

Das Gutachten ist auch heute noch eine brandaktuelle Vorlage für die von den Bundestags-Grünen nun offiziell erhobene Forderung nach Aufnahme in die Bundesverfassung. Es zeigt die rechtliche Machbarkeit auf, zB die Vereinbarkeit mit dem EU-Recht; es macht Formulierungsvorschläge für die Änderung der Verfassung und belegt die positiven Wirkungen, die sich für die Rechtsprechung ergeben.

Prof. Dr. Wolfgang KAHL, Leiter des Instituts für deutsches und europäisches Verwaltungsrecht der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

Im Anschluß an das Klimaabkommen von Paris müssen, so Fell abschließend, auch endlich entsprechende Gesetze auf den Weg gebracht werden.

EEG-Pionier Hans-Josef Fell: Bundesverdienstkreuz

Berlin, 17. Dezember 2015 – Für seinen unermüdlichen Kampf für die Erneuerbaren Energien wurde Hans-Josef Fell mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Die Würdigung durch den Bundespräsidenten wurde am Mittwoch durch Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert im Reichstagsgebäude überreicht.

Damit zeichnet Bundespräsident Joachim Gauck Fells Verdienste während seiner 15-jährigen Mitgliedschaft im deutschen Bundestag und seiner langjährigen kommunalen Tätigkeit aus. Zu den besonderen Erfolgen Fells gehören „sein Engagement für eine sichere und zukunftsfähige Energieversorgung in Deutschland und in der Welt“ und sein Einsatz für die Erneuerbaren Energien, „insbesondere für das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)“, so Dr. Lammert in seiner Laudatio. „Das EEG wurde zum Instrument, das international in bemerkenswertem Umfang Maßstäbe gesetzt hat und zweifellos zu einer internationalen Marke geworden ist - wie nur wenige Gesetze“.

Für Fell steht die Würdigung durch das Bundesverdienstkreuz auch stellvertretend für alle, die seit Anbeginn oft gegen große Widerstände am Ausbau der Erneuerbaren Energien mitgearbeitet haben. Er ist derzeit Präsident der Energy Watch Group (EWG), und als „Botschafter für 100% Erneuerbare Energien“ tätig.

„Hans-Josef Fell ist einer der zentralen Wegbereiter der Erneuerbaren Energien, zuerst in Hammelburg (Franken), dann in ganz Deutschland, nun weltweit. Sein Ziel ist es schlicht, die Überlebenschance unserer Zivilisation zu erhöhen, was ihn unerschrocken und zielstrebig Regelungsdefizite, Machtmissbrauch und Lösungsoptionen aufzeigen lässt“, so Christian Breyer, Professor für Solarökonomie an der Lappeenranta University of Technology in Finnland.

Klimavertrag hin oder her –

Wie TISA* die Klimaziele zerschmettert

#aufstehn

***#aufstehn*-kampagnen,**
14.12.2015

Unfassbar – was für eine Farce! Viele bezeichnen die Ergebnisse des Pariser Klimagipfels als echten Meilenstein im Kampf gegen den Klimawandel. Doch falsch: **Die Klimaziele, auf die sich die Staats- und Regierungschefs am Wochenende geeinigt haben, sind so gut wie hinfällig, wenn das Freihandelsabkommen TiSA in Kraft tritt.**
Durch Veröffentlichungen auf der Enthüllungsplattform Wikileaks sind jetzt **neue, besorgniserregende Details** aus dem Vertragstext bekannt geworden: Viele der Staaten, die in Paris behauptet haben, den Klimawandel bekämpfen und die Erderwärmung auf unter 2 Grad Celsius begrenzen zu wollen, verhandeln bereits seit drei Jahren hinter verschlossenen Türen und unter Ausschluss der Öffentlichkeit über ein ein Abkommen, das die neuen Klimaziele gleich von vornherein zunichte macht: **TiSA soll die weltweite Liberalisierung der Energiemärkte vorantreiben – zum Vorteil von großen fossilen Energiekonzernen und ihrer umweltzerstörenden Methoden wie Fracking.**
Für TiSA sind alle Energiequellen gleich - die klimaschädliche Braunkohle muss im Zweifelsfall genauso behandelt werden wie Sonnen- und Windenergie. **Eine Wende weg von umweltschädlichen und fossilen hin zu sauberen und erneuerbaren Energien ist mit TiSA unmöglich.** Auch die Regulierungsmöglichkeiten für Staaten zum Schutz von Mensch und Umwelt werden durch den Vertragstext stark eingeschränkt. **Damit rücken die Klimaziele in unerreichbare Ferne.**
„Die Zeit drängt: **Schon Anfang 2016 beschließt das EU-Parlament seine Position zu TiSA**“, rief ***#aufstehn*** Mitte Dezember mit obigem Text seine Sympathisant/inn/en auf, einen Appell an die Parlamentarier zu unterzeichnen. Schwierig, mit den Feiertagen! Nach Dreikönig hatten in Österreich knapp 5.000 unterzeichnet. Das EP hat TiSA jedoch am 3. Februar zugstimmt. Zu den spärlichen Verbesserungen, die Grünen-Anträge zu erreichen vermochten, zählt, daß öffentliche Dienstleistungen wie Bildung und Gesundheit von TiSA ausgenommen werden. Nicht jedoch die Energiemärkte.
Auf den Tag genau einen Monat nach Lancierung des ***#aufstehn*-**Appells bestätigte im übrigen eine **Klage des kanadischen Rohstoffkonzerns TransCanada gegen die US-Regierung** die Warnung gegen TiSA: Präsident Obama hat die Pläne zum Bau der Pipeline „KeystoneXL" gestoppt, die Öl aus Teersanden von Kanada in die USA transportieren sollte, eine der schmutzigsten Formen der Rohstoffförderung überhaupt, ganze Landstriche werden dabei verwüstet. TransCanadas Gegenschlag: eine **15 Milliarden Dollar schwere Schadensersatzklage.** Möglich gemacht wird sie durch das nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA; es entscheidet ein mit drei Anwält/inn/en besetztes Schiedsgericht.
(Quelle: Umweltinstitut München, 14.1.2016)

*** Was ist TISA („Trade in Services Agreement“)?**

Bei den geplanten Freihandelsabkommen TTIP (EU-USA) und CETA (EU-Kanada) sind die Dienstleistungen nur eines von vielen Elementen. Bei TiSA steht die **Liberalisierung von grenzüberschreitenden Dienstleistungen** im Mittelpunkt. Und TiSA wird nicht nur zwischen zwei Partnern verhandelt, sondern zwischen 25 Mitgliedern der Welthandelsorganisation (WTO). Die Verhandlungen sind dabei noch wesentlich undurchsichtiger als bei TTIP.

Japanese Graffiti

Weniger romantisch als im US-Kultfilm „American Graffiti"... Seit 2014 sprüht der anonyme Sprayer „281-Anti nuke" mehr und mehr Graffiti auf Wände in den Straßen Tokios, um die Lügen der japanischen Regierung und der Fukushima-Betreiberin TEPCO anzuprangern. Er hat gegenüber Medien erklärt, aus anonym bleiben zu wollen, weil er die Polizei und die – nationalistisch pro-atomare – extreme Rechte fürchtet. „281-Anti nuke" erhält auf seiner Facebook-Seite regelmäßig Morddrohungen. – Der liebe Blumenspender im rechten Bild: Japans jetziger Ministerpräsident Shinzo Abe.

PLAGE TAGE BUCH

26. Mai 2015

Für den Aufbau eines österreichischen „Umwelt-Archivs von unten“:

Ein erster Anlauf mit der Historikerin Silvia MOOSBRUGGER (Betreuer: Zeitgeschichtler Univ.-Prof. Dr. Gerhard JAGSCHITZ) scheiterte eher. Daraufhin fand die Wiener Initiatoren-Gruppe um die großen Antiatom-Protagonisten der Zwentendorf-Zeit Bernhard LÖTSCH, Peter WEISH und Wolfgang KROMP zusammen mit dem Vorsitzenden von Umweltmanagement Austria, Reinhold CHRISTIAN, eine vermutlich zuverlässige Heimstätte für das, was einmal das Gedächtnis der österreichischen Umweltbewegung werden soll. Nämlich am Institut für Geschichte des ländlichen Raums, das über einen langfristigen Kooperationsvertrag mit dem Niederösterreichischen Landesarchiv verbunden ist. Niederösterreich war der Schauplatz der beiden größten und beispielgebenden Umwelt-Auseinandersetzungen dieser Republik – Zwentendorf (Atomenergie : Energiewende) und Hainburg (Großwasserkraft : Nationalpark Donau-Auen). Damit sind die Zeugnisse und Dokumente der österreichischen Umweltgruppen und -aktivisten wohl nirgends besser aufgehoben als hier.

Im Café Tomaselli und dann im PLAGE-Lokal interviewt Mag. Ulrich SCHWARZ, vom Institut für Geschichte des ländlichen Raums in St. Pölten, PLAGE-Obmann Heinz Stockinger über die Zeit der Zwentendorf-Volksabstimmung und die Entwicklung der österreichischen Atompolitik über die Stationen WAA Wackersdorf, AKW Temelin, EURATOM usw bis heute. Das selig verklärte Antlitz des alten Kämpen erklärt sich leicht: Österreich stieg mit der Volksabstimmung 1978 aus der Atomkraft aus, noch bevor der Einstieg richtig passiert war. Im Tomaselli aber erfolgte in dieser Zeit Stockingers Einstieg in die Kaffeehaus-Laufbahn. Aus ernstem Grund: damals schon entdeckte er diese Kiste in der Café-Küche, stets reich gefüllt mit einheimischen und ausländischen Zeitungen vom Vortag – nebst weiteren Quellen die bald 40 Jahre zurückreichende Hauptgrundlage für eine Dokumentation, die gründliche Argumentation ermöglicht und für so manche Schüler- und Studentenarbeit die Basis liefert. Und vielleicht einmal in einem „Archiv der österreichischen Umweltbewegung“ beim Niederösterreichischen Landesarchiv landen wird…

16. – 20. Nov. 2015

Symposium „Nuclearisation of Africa" in Johannesburg (Südafrika):

Mit dem ganzen Komplex Uran befaßt sich in der PLAGE neben Thomas NEFF insbesondere Julia BOHNERT. Sie nahm für die PLAGE an dem einwöchigen Symposium teil. Organisiert wurde es vom Schweizer Zweig der IPPNW (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges), uranium-network.org sowie der FSE (Federation for a Sustainable Environment, Südafrika). Angesichts der immensen Lobbyarbeit atombefürwortender Institutionen und Unternehmen galt es zudem, gemeinsam Strategien und Aktionen gegen die angestrebte Nuklearisierung des afrikanischen Kontinents zu entwerfen. - Südafrika betreibt seit den 1980er Jahren zwei französische 900-MW-Reaktoren am Standort Koeberg, 30 km nördlich von Kapstadt. Bis 2023 beabsichtigt das Land, acht Reaktoren von dem russischen Atombetreiber ROSATOM zuzubauen.

Auf der internationalen Konferenz berieten und diskutierten WissenschaftlerInnen, ÄrztInnen und AktivistInnen zum einen über Gegenstrategien zum übermächtigen Hereindrängen der amerikanischen, europäischen, russischen und chinesischen Atomindustrie in Afrika. Zum anderen wurde für eine umfassende argumentative Ausstattung zu den gesundheitlichen, ökologischen, rechtlichen und sozialen Aspekten des Uranabbaus gesorgt. Hier unter anderem im Bild (rechts mit Laptop) Mycle SCHNEIDER, Hauptverfasser des World Nuclear Status Report, der jährlich den Zustand der Atomindustrie auf der Welt darstellt und von der Atomwirtschaft gefürchtet ist. Denn die Medien wissen, daß sie in diesem Bericht gründlichst und ungeschminkt den wirklichen Zustand der Branche erfahren, im Gegensatz zu den geschönten Planspielen der Atomlobby, allen voran der Internationalen Atomenergie-Agentur (IAEA).

Julia Bohnert war für die PLAGE mit dabei (hier Bildmitte), so wie vor einigen Monaten bei einer Urankonferenz in Quebec, Kanada. Eine Exkursion zu den West Rand Goldfields verdeutlichte die katastrophalen Hinterlassenschaften des Gold- und Uranabbaus in Südafrika ganz unmittelbar: alleine in der Siedlung Tudor Shaft leben 1.800 Menschen auf (!) radioaktiven Abraumhalden und sind täglich Strahlenwerten wie im damaligen Sperrgebiet rund um Tschernobyl ausgesetzt.

Julia Bohnert berichtete im Freien Radio Salzkammergut im Jänner 2016 von ihrer Teilnahme am Symposium „Nuclearisation of Africa". Unter http://cba.fro.at/305169 ist der Beitrag (ab Minute 8:55) in der Sendereihe "Begegnungswege" nachzuhören.

26. – 27. Dez. 2015

Japanischer Politologe: Wie gelang die Atomvolksabstimmung in Österreich?

Kurz vor Mitte Dezember trudelt bei PLAGE-Vorsitzer Heinz Stockinger dieses e-Mail ein: „Greeting from Japan! Ich bin ABE Ryuichiro, forsche an der Universität und bin gegen die Atomenergie engagiert. Ich kontaktiere Sie auf Empfehlung von Colin Archer (Leiter des Internationalen Friedensbüros, IPB, in Genf – Anm.d.Red.). Es wäre von großem Wert für mich, Sie zu Aktivitäten der österreichischen Zivilgesellschaft gegen die Atomenergie interviewen zu können.“ Da meldet sich also ein atomkritischer Wissenschaftler aus „Fukushima-Land“, der den gleichen Namen trägt wie der gegenwärtige Premierminister, der atomversessene Shinzo Abe! Insbesondere wollte sich der Politologe und Ökonom vom Institut für Volkswirtschaftslehre der Rikkyo University in Tokio eingehend erkundigen, wie die österreichische Atomvolksabstimmung 1978 zustandegekommen war und dank welchen Umständen sie mit Nein gegen das betriebsfertige AKW Zwentendorf ausging. Denn vor allem seit Fukushima strebt ein Teil der japanischen Atomgegner ein ähnliches Referendum im „Land der aufgehenden Sonne“ an.
Am Aufrollen des historischen Ereignisses vom November 1978 nahm auch Ryuichiro Abes Frau Mari, Mitarbeiterin der japanischen Caritas, aufmerksam teil. Aus den geplanten drei Stunden Gespräch im Café Tomaselli wurden schließlich fünf! Es kristallisierte sich als gemeinsame Sicht deutlich heraus, daß die Errungenschaft der österreichischen Atomvolksabstimmung nicht einfach auf andere Länder und gar Japan übertragen werden kann: Österreich 1 AKW, allerdings mit Milliarden fertiggebaut und startklar (fast das stärkste Befürworterargument) – Japan 58 AKWs; vor der Auseinandersetzung um Zwentendorf hatte noch keiner der AKW-Großunfälle stattgefunden

An den erfolgreichen Ursprüngen der österreichischen Antiatomgeschichte hoch interessierte japanische Besucher vor Tomaselli-Kaffeehauskulisse: der Politik- und Wirtschaftswissenschaftler Ryuichiro Abe (re.) und seine sozial und kirchlich engagierte Frau Mari, dazwischen Heinz Stockinger, PLAGE. Wie viele andere PLAGE-Gäste vor ihnen wurden sie, obwohl um Weihnachten schwierig, von den begnadeten Gastgebern Dr. Wolfgang und Franziska Rucker beherbergt.

– in Japan sitzt heute trotz Harrisburg 1979 (USA) , Tschernobyl 1986 (UdSSR) und dem eigenen Fukushima 2011 die Atomlobby fest im Sattel; eine Lobby, die mit den eigenen, weltweit agierenden Atomfirmen Toshiba und Mitsubishi um Größenordnungen bestimmender ist, als es der Österreich-Ableger der Siemens AG – bei allem Gewicht – hierzulande war. Viele weitere Unterschiede ließen sich anführen.
Der entscheidendste jedoch könnte sein, daß in Japan auf Atomgegnerseite noch viel schwieriger sein dürfte, was in Österreich schwer genug zustandegebracht wurde: eine relative Einigkeit unter den Bürgerinitiativen und sonstigen Gruppierungen, die sich im Vorfeld von 1978 als Trägerinnen des Widerstands gegen die Inbetriebnahme des AKWs im Tullnerfeld herausbildeten. Vor allem, daß und wie es gelang, die unter Österreichs Atomgegnern wie auch anderswo vorhandene Links-Rechts-Polarisierung zugunsten des gemeinsamen Zieles hintanzustellen, müßten Japans Antiatomorganisationen gründlich verinnerlichen, bevor sie tatsächlich breit die Forderung nach einer landesweiten Volksabstimmung erheben. Denn was immer wieder einmal zu erfahren war, bestätigte auch das Ehepaar Abe: die japanischen Atomgegner agieren stark zersplittert.
Ryuichiro und Mari Abe – die wohl selber zu den noch raren Brückenbauern zwischen den „Lagern“ gehören – haben allemal mit nach Hause genommen, wie wichtig es für den Sieg des Nein in der österreichischen Atomabstimmung war, daß genügend Akteure „rechts“ und „links“ ihre weltanschaulichen Toleranzgrenzen soweit wie möglich gedehnt bzw eine starke unabhängige Mitte gebildet haben. Zumal Regierung und Atombetreiber – die zusammen das Gros der Medien zu Diensten haben – ohnehin nach Kräften Keile zwischen die kritischen Bevölkerungsteile treiben: zur Diffamierung österreichischer Antiatomaktivisten in den 1970er Jahren zB als „Agenten Moskaus“ gibt es die parallele Unterstellung in Japan, die Gegner der Atomwirtschaft seien vom großen Rivalen China ferngesteuert.
Von den übrigen Schwerpunkten der österreichischen Antiatom-Geschichte streifte Heinz Stockinger noch jene härteste Nuß, an der die PLAGE und andere österreichische Organisationen aktuell und schon seit Jahren „beißen“: den EURATOM-Vertrag. Es erstaunt kaum, daß diese papierene Privilegienburg der europäischen Atomindustrie auch unter japanischen Atomgegnern kaum bekannt ist. (Sie bekamen u.a. Thomas Neffs Fotobuch vom glanzvollen „RAUS-AUS-EURATOM“-Auftritt von PLAGE und atomstopp_oö beim Opernball 2007 auf den Heimweg mit. Ebenso wie im übrigen den englischen Tagungsband der großen PLAGE-Konferenz „Updating International Nuclear Law“.)
Einen kurzen Blick auf den erfolgreichen, grenzüberschreitenden Kampf gegen die WAA sparte sich das japanisch-österreichische Dreiergespann für den Besuch beim WAAhnsinns-DenkMal am Mozartplatz auf.

Okt. 2014 – März 2016

RAUS-AUS-EURATOM-Aktion von PLAGE-Geist Thomas NEFF

bei der Eröffnung des Windparks Munderfing (Oberösterreich) im Oktober 2014. Geplant von der Energiewerkstatt (EWS) Consulting GmbH, bekam der Windpark, trotz Oppositionsversuchen wie anderswo, das OK von allen politischen Fraktionen des Munderfinger Gemeinderats. – Stromeinspeisung bis Ende März 2016 insgesamt 56.749.528 Kilowattstunden. Das heißt 36.433.197 kg vermiedenes Kohlendioxid (CO_2) und entspricht einer Einsparung von 907.992 Litern Öl. (EURATOM s. auch S. 15!)

Fukushima: eine japanische Familie eingeholt von… Hiroshima

„Als die Sonne vom Himmel fiel“

„Höchst ergreifendes Filmporträt der Regisseurin von ihrer japanischen Familie.“ – „Pflichtstoff für die Menschheit.“

Die Protagonisten von ***Als die Sonne vom Himmel fiel*** treten seit ihrer einschneidenden Erfahrung im atomar verwüsteten Hiroshima unermüdlich gegen das grosse gesellschaftliche Schweigen an, das bis heute über die wahren gesundheitlichen und sozialen Auswirkungen der Atombombenabwürfe herrscht. Damit sprechen sie eine verdrängte Vergangenheit an, die nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima auf schmerzliche Weise wieder ins Bewusstsein der Japaner dringt.

Auf den Spuren ihres verstorbenen Großvaters, der nach dem Abwurf der Atombombe 1945 als junger Arzt im Rotkreuzspital von Hiroshima gearbeitet hat, begegnet Regisseurin Aya Domenig einem ehemaligen Arzt und einer Krankenschwester, die ähnliches erlebt haben wie er.

Zeit seines Lebens hat ihr Großvater nie über seine Erfahrungen gesprochen, doch durch die große Offenheit ihrer Protagonisten kommt sie ihm näher. Als sich am 11. März 2011 in Fukushima eine neue Atomkatastrophe ereignet, nimmt ihre Suche eine neue Wendung.

Stimmen zum Film

«Ein berührendes Zeitdokument über das kollektive Verdrängen.» - Basler Zeitung

«Damit gelingt Aya Domenig weit mehr als ein höchst ergreifendes Porträt ihrer japanischen Familie. Sie liefert Pflichtstoff für die Menschheit.» - Tageswoche

«Um die Zukunft zu ertragen, muss Licht in die Vergangenheit gebracht werden. Aya Domenigs feinfühliger Film trägt dazu bei.» - Semaine de la Critique, Festival Locarno 2015

Als die Sonne vom Himmel fiel wurde *in* zwei Kategorien für den Schweizer Filmpreis 2016 nominiert: **Bester Dokumentarfilm** und **Beste Musik** (Marcel Vaid). In letzter gewann er denn auch. Die Preisverleihung fand am 18. März in Zürich statt.

Dauer: 78 Minuten; 2-minütiger Trailer unter http://www.alsdiesonnevomhimmelfiel.com/trailer.

hot spots INT'L - Japan

180.000 Menschen durch Wiederanschalten eines Plutonium-Reaktors gefährdet

Wie um zu zeigen, wie sehr von den jetzigen Regierenden keine Lehren aus Fukushima gezogen wurden, hat Japan Anfang Februar – zum dritten Mal nach der Abschaltung aller Reaktoren im Gefolge der Katastrophe – einen Meiler wieder in Betrieb genommen. Block Takahama-3, der in einer der aktivsten Erdbebenzonen des ohnedies insgesamt erdbebengefährdeten Landes liegt, ist wieder am Netz. Und das, obwohl damit die Regeln der japanischen Atomaufsichtsbehörde selber verletzt werden!

Darüberhinaus wurden an dem Kraftwerk keine gründlichen Sicherheitsüberprüfungen vorgenommen, die es mit den Brandschutzregeln in Einklang hätten bringen sollen.

Und nicht zuletzt kommt in Takahama-3 ein Plutonium-Uran-Brennstoffgemisch zum Einsatz („MOX“ – Mischoxid), welches deutlich gefährlicher ist als herkömmlicher Uranbrennstoff. Würde es zu einem Super-GAU kommen, müßten über 180.000 Menschen evakuiert werden. Sie würden zu den 110.000 hinzukommen, die nach den Fukushima-Kernschmelzen noch immer in Notquartieren hausen.

(Quelle: Beyond Nuclear, 4.2.2016)

Ärztinnen und Ärzte appellieren an ihre Versorgungswerke, Investitionen aus Kohle und Gas zurückzuziehen

Schon in der Vergangenheit haben sich internationale und nationale Ärzteorganisationen, Fachgesellschafen, Institute und medizinische Fachjournale sowie namhafte Ärzte und Wissenschaftler dafür eingesetzt, dass Organisationen des Gesundheitssektors ihre Investments aus Gas- und Kohleunternehmen zurückziehen (https://medium.com/@DrRimmer/doctors-for-divestment-climate-change-and-public-health-ec2d052883d1#.svgvzukom).
Klimaschutz und Gesundheitsvorsorge können nur mit dem Abschalten von Kohle- und Gaskraftkraftwerken verwirklicht werden. Neben dem klimaschädlichen CO_2 werden schließlich auch große Mengen gesundheitlicher Schadstoffe, wie Quecksilber, Blei, Cadmium, Feinstaub oder Radioaktivität aus den rauchenden Schornsteinen emittiert. Nun wird auch der Ruf der Ärztinnen und Ärzte in Deutschland lauter: Sie appellieren an ihre ständischen Pensionsversicherungen, die Beiträge nach nachhaltigen Kriterien anzulegen (https://germanwatch.org/de/11908). Die Berliner Ärzteversorgung hat inzwischen beschlossen, ihre CO_2-intensiven Investitionen zu beenden. „Hoffentlich folgen die 18 verbleibenden Versorgungswerke diesem Beispiel“, schreibt Hans-Josef Fell, Präsident der Energy Watch Group in seinem Infobrief vom 8. März 2016. „Allein aus der Verantwortung für die Gesundheit der Menschen heraus ist es die Pflicht der Versorgungswerke, dass die Altersvorsorge von Ärztinnen und Ärzten nicht zu Lasten der Gesundheit anderer geht.“

hot spots INT'L - Saudi-Arabien

Ölboykott Saudi Arabiens!

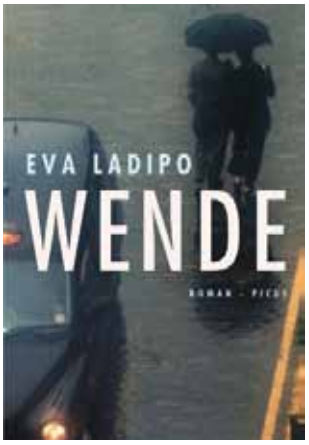
Erdölkonsum tiefere Ursache weltpolitischer Entwicklung?

Hans-Josef Fell, Präsident der Energy Watch Group (EWG) und Miturheber des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), in seinem ersten Newsletter des neuen Jahres (4. Januar 2016): Die deutsche Bundesregierung sollte nicht nur die Waffenverkäufe stoppen, sondern auch ein Importverbot für saudisches Erdöl erlassen, um die Finanzquellen des Unrechtsregimes einzudämmen. Mit den brutalen Massenhinrichtungen goß das saudische Königshaus Öl ins Feuer der Kriegsregionen des Nahen Ostens. Es kann nicht mehr hingenommen werden, daß das saudische Königsregime mit Erdölgeld zigtausenden Ölprinzen die Machtbasis finanziert, um Frauen, Schiiten sowie Andersgläubige im eigenen Land zu unterdrücken. Der obszöne Reichtum der Erdöl-Eliten und des Königshauses ist die finanzielle Macht für diese menschenverachtende und den Weltfrieden destabilisierende Politik. Es waren Ölscheichs gerade aus Saudi Arabien, die den Islamischen Staat (IS) groß gemacht haben. Das Geld erhielten sie über Jahrzehnte durch unsere Erdölautos und unsere Erdölheizungen.

Regierung, Auto- und Heizungsindustrie mitverantwortlich für globale Destabilisierung

Wer es wie Minister Gabriel, Kanzlerin Merkel, wie die Automobilkonzerne oder die Heizungsindustrie immer noch nicht begriffen hat, sollte wenigstens heute in dieser dramatischen, eskalierenden weltpolitischen Destabilisierung innehalten: nachdenken, ob ihre jahrzehntelange Politik zur Stützung des Erdölkonsums nicht die tiefere Ursache für diese schlimme weltpolitische Entwicklung ist. Viele warnende Stimmen wurden immer wieder in den Wind geschlagen.
Jahrelang haben die großen Heizungshersteller in Deutschland die Politik immer zur Erdöl- und Gasbrennwerttechnik gedrängt, statt sich konsequent für den Umstieg auf emissions- und erdölfreie Heizungstechnologien einzusetzen. Die großen Automobilhersteller haben lieber kriminelle Softwaremanipulationen zur Täuschung der Öffentlichkeit vorgenommen, als kostengünstige emissionsfreie und erdölfreie Autos auf den Markt zu bringen.
CDU, CSU, FDP und die SPD selber haben konsequent in Regierungsverantwortung alle rot-grünen Ansätze einer „Weg vom Erdöl“-Politik zunichte gemacht.
Aktuell ist ein Boykott der saudischen Erdölimporte angesichts der niedrigen Erdölpreise möglich, ohne größere Schäden für die Energieversorgung. Mittelfristig muss es aber eine klare Politik zur Beendigung des Erdölkonsums geben. Notwendig sind u.a. die Wiedereinführung der unter Merkel/Gabriel 2007 abgeschafften Steuererleichterung der reinen Biokraftstoffe; ein Verbot des Neubaus von Erdölheizungen, wie es Dänemark längst hat; ein gesetzlicher Zwang, erdölfreie Nullemissionsautos auf den Markt zu bringen, so ähnlich wie der 1990 eingeführte, aber um 1997 wieder abgeschaffte Clean Air Act in Kalifornien. Gleichzeitig muss die Bundesregierung ein starkes Programm für die Umrüstung bestehender Erdölnutzungen schaffen. Dazu gehört auch eine Chemiewirtschaft auf Basis nachwachsender Ressourcen statt Erdöl.
Wir können jedenfalls mit der Merkel´schen Dekarbonisierung nicht bis 2100 warten. Bis dahin haben alle vom Erdöl finanzierten Unrechtsregime und Terroristen längst die weitgehende kriegerische Zerstörung des menschlichen Zusammenlebens geschafft – finanziert von unserem unersättlichen Erdölkonsum.

LESEN KEINE PLAGE



Eva LAPIDO:

„Wende“

Roman, Picus-Verlag, 328 Seiten,
€ 22,90, ISBN 978-3-7117-2028-3

„Ein politischer Roman mit Thriller-Elementen, in dem die Nachwehen des Mauerfalls bis heute zu spüren sind.“ (Doris Kraus in Die Presse)

„Wende“, das in Deutschland auch „Buch der Woche“ war, ist der Erstlingsroman der Journalistin und studierten Politikwissenschaftlerin Eva Lapido, geboren 1974 nahe Frankfurt, verheiratet und Mutter von zwei Kindern. Sie lebte in England, Russland und Kolumbien, derzeit arbeitet und lebt sie mit ihrer Familie wieder in London. Sie schloß die Universität in Cambridge mit einem First Class Honours Degree in Social & Political Sciences ab. Ein weiteres Studium beendete sie mit einer Doktorarbeit über das russische Steuersystem in St. Petersburg. Danach begann sie 2001 als politische Journalistin bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Die Financial Times Deutschland in London, Vanity Fair in Berlin und Die Welt in Hamburg waren weitere journalistische Stationen.
In „Wende“ geht es um deutsch-deutsche Geschichte, um die „Energiewende“, die immer noch keine sein darf, und um eine ungewöhnliche Liebe.
Eigentlich eine Dreiecksbeziehung zwischen dem in Ostdeutschland, in schwierigen und ärmlichen Verhältnissen geborenen 30-jährigen Juristen Hartenstein, der für die ReAG-Atom arbeitet, seiner Jugendliebe Cosima aus gutbürgerlichem Hause und einer ca. 70-jährigen Dame, der ebenfalls im Osten geborenen Anna Smoktun, einer schillernden Persönlichkeit, in Armut aufgewachsen und durch **die Wende** schlussendlich zu einer geheimnisvollen, sehr reichen Londoner Geschäftsfrau „aufgestiegen“ .

Am Anfang steht ein Mord, der alles verändert

Eigentlich ein Betriebsunfall, da man in den Kreisen, in denen der Hauptakteur René Hartenstein dann verkehren wird, bestrebt ist, wenig bis keine Spuren zu hinterlassen. Probleme werden „lautlos“ bereinigt und Kollateralschäden werden in Kauf genommen.
Verschiedene Ansätze machen bei diesem Roman genau diesen Spannungsbogen aus, der die fiktive Welt mit der Realität verbindet.
Es geht im Laufe der Geschichte um ein Gesellschaftssystem, das langsam an den Rand des Kollapses gerät. Beschrieben wird auch der Zusammenbruch eines Gesellschaftssystems, dem wir in punkto Überwachung bereits den Rang abgelaufen haben.
Im Roman werden sehr aufschlussreiche Querverbindungen zur russischen, tschechischen und DDR-Vergangenheit dargelegt und untermauert. Das vermittelte, unmittelbare Bild unserer Geschichtsschreibung vermischt sich mit realen und fiktiv angelegten Gegebenheiten in einer Dichte, die einem Gänsehaut verursacht.
Eva Lapido bezieht ihren Wissensbogen nicht nur aus intensiver theoretischer Befassung mit unserer näheren Geschichte, sondern auch aus ihrer praktischen Auseinandersetzung damit, etwa mit dem Liedermacher Wolf Biermann und dessen Gedankenwelt.
Einer der großen Denkanstöße im Roman kommt auch von der Auseinandersetzung mit der deutschen Energiewende, sowohl parteipolitisch und weltpolitisch. Genau dieser zusätzliche Einblick in die Geheimnisse der Energiewirtschaft steigert die Spannung bis zur Gänsehaut.
Es gibt im Buch keinen Kommissar und auch keinen Mörder, da der Mord als Selbstmord getarnt wird. Erst sehr spät lüftet sich das Geheimnis für René, es eröffnet sich ein bedrückendes Gesellschaftsbild der deutschen Gegenwart und der unmittelbaren Vergangenheit. Die Stasivergangenheit wird ebenso beleuchtet wie der Aufstieg der deutschen Günen in den Anfangsjahren.

Manchmal ist Politik skrupelloser als ein blutiger Mord.

Thomas Neff

hot spots INT'L - CZ – Österreich

Unbefristete Laufzeitverlängerung für AKW Dukovany:

Trotz tausenden gefälschten Schweißnahtkontrollen!

Schweigt Umweltminister Rupprechter zu Gefahrzeitverlängerung?

„Noch vor wenigen Monaten hatte SUJB-Chefin Dana Drabova selber die Kontrollarbeit im AKW Dukovany als ‚Schlamperei' bezeichnet (siehe ZITAT, nächste Seite.) Nun erteilt dieselbe Instanz in einem 180-Grad-Schwenk die unbegrenzte Genehmigung für den Weiterbetrieb des 30 Jahre alten Reaktors! „Offensichtlich genug Gras scheint der tschechischen Atomaufsichtsbehörde (SUJB) über die Affäre um gefälschte Kontrollbilder von mehreren tausend Schweißnähten in den tschechischen Atomanlagen gewachsen zu sein. Völlig unverständlich ist, dass der Betreiber CEZ die Reparaturen von denselben Leuten vornehmen lässt, die für die Fälschungen verantwortlich waren!“, empörten sich Roland Egger und Gabriele Schweiger, Sprecher von atomstopp_oberoesterreich, schon Mitte Jänner.
„Es ist nicht tragbar, dass vom österreichischen Umweltminister Rupprechter dazu noch immer kein Sterbenswörtchen kommt! Nach geltendem europäischen Recht ist für Betriebsverlängerungen über die ursprünglich veranschlagte Lebensdauer hinaus – genau wie beim Neubau – eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) nötig!“
Egger und Schweiger fordern Rupprechter dringend dazu auf, „Einspruch einzulegen und auf einer UVP vor Erteilung der Lizenz zur Laufzeitverlängerung im grenznahen AKW Dukovany zu bestehen. Tausende Protestunterschriften besorgter Österreicher/innen dürfen nicht einfach ignoriert werden.“ Sie kündigen an: „Wir werden keine Ruhe geben, bis Umweltminister Rupprechter unser aller gutes Recht gebührend in Anspruch nimmt!“

(Quelle: atomstopp_oberoesterreich, 14.1. und 31.3.2016)

„Habe nicht gedacht, daß solch ein Schlendrian in Tschechien möglich ist.“

Das gestand Dana DRABOVÁ, die Chefin der CZ-Atomaufsichtsbehörde SUJB laut oö. Landeskorrespondenz vom 9.11.2015.

Es ging um eine laut einem Röntgenfoto intakte, in Wirklichkeit aber defekte Schweißnaht, die während einer Abschaltung zur Reparatur anderer Schweißnähte ans Licht kam. Die AKW-Betreiberin „CEZ hat das mit dem Outsourcing übertrieben“ – sprach Drabová die wahrscheinliche Ursache für das offenbar gefälschte Kontrollbild an: die heute regelmäßige Auslagerung der technischen Kontrollen an externe Firmen. Umso bedenklicher sind die Fälschung und die damit zusammenhängende Sicherheitslücke, als die SUJB für den bereits 30 Jahre alten Block 1 von Dukovany Ende März eine Laufzeitverlängerung genehmigt hat. Noch dazu eine unbefristetete!

Termine

Samstag, 11. Juni 2016

2. Munderfinger Windpark Genusslauf

Start: 15:30 Uhr
Start und Ziel: Firmengelände EWS Energiewerkstatt Munderfing. Eingeladen sind vor allem Einsteiger des Ausdauersports bzw. Hobbyläufer zu einem gemütlichen Familienlauf; VereinsläuferInnen, Nordic Walker, Mountainbike-Begleitung natürlich auch willkommen! Keine Zeitnehmung: die Freude an Bewegung steht im Vordergrund. Schnellster Finisher und schnellste Finisherin werden genannt. Finisher-Geschenke für Kinder und Jugendliche.
Kein Startgeld – freiwillige Spenden für die Tschernobyl-Hilfe
Start und Ziel: beim Firmengelände EWS Energiewerkstatt Munderfing
Streckeninfo: Länge 10,1 km mit 230 m Höhendifferenz
Verpflegung: unterwegs Getränke & Obst
Rahmenprogramm ab 13.00 Uhr (beim Windrad 2): Kinderspiele mit dem „Wilden Wind“; Selfie-Foto-Station (Sofortbilder zum Mitnehmen); Generationenwald (Munderfinger Baum des Jahres wird gepflanzt); Offene Tür zur Windenergieanlage; die Tschernobyl-Hilfe sorgt für Verpflegung. Ab 17.00 Uhr gemütliches Beisammensein beim Pfandlwirt mit einer Tombola-Verlosung!

21. - 22. April 2016

„Kompetenzorientierter Unterricht: Bildungsoffensive Erneuerbare Energie“

Seminar in der Hochschule für Agrar- und Umweltpädadgogik in Wien

Präsentiert wird die „Bildungs- und Informationsoffensive Erneuerbare Energie – Energiezukunft für Jugendliche“ mit umfangreichen Unterrichtsmaterialien zu erneuerbaren Energien. Diese richtet sich an Lehrkräfte, die ihren Schülerinnen und Schülern ein solides Basiswissen zum Themenkomplex Klima und nachhaltige Energie vermitteln möchten. Im Mittelpunkt steht das „Interaktive Lehrmittelzentrum“ mit Medien, Experimenten, Spielen sowie Texten und Arbeitsaufträgen aller Art zur Förderung des autonomen Wissenserwerbes.
Vorgeführt wird vom Lehrer und Didaktiker Mag. Daniel THEMEßL-KOLLEWIJN auch der Umgang mit der Online-Datenbank, um für die Unterrichtsvorbereitung rasch an die passenden Materialien zu gelangen.
Am 22. April steht eine Exkursion zum AKW Zwentendorf auf dem Programm.
Informationen & Anmeldung: https://www.ph-online.ac.at/ph-agrar/webnav.ini, seminare@agrarumweltpaedagogik.ac.at
Hochschule für Agrar- und Umweltpädagogik, Angermayergasse 1, 1130 Wien,
Tel.: 01/877 22 66

25. April 2016, 18.00 Uhr

„Atomkraft 2.0 - kommt es zum Showdown in der europäischen Energiepolitik?"

im ÖJAB-Haus, 1010 Wien, Johannesg. 8. Damit begeht die **oekostrom AG** den 30. Tschernobyl-Jahrestag und ihre Gründung am 28. April 1999. In Kooperation mit **neongreen network.**
Impulsvortrag von GLOBAL 2000-Antiatom-Kampaignerin Patricia LORENZ. Sie und Günter LIEBEL, Leiter der Sektion Umwelt & Klimaschutz im Umweltministerium, Peter PÜSPÖK, Präsident Erneuerbare Energie Österreich, EU-Abgeordneter Michel REIMON und oekostrom AG-Vorstand Lukas STÜHLINGER gehen sodann folgenden Fragen nach:

- Wie genau steht es um die **energiepolitische Situation in Europa?**
- Stehen wir mit der **staatlichen (Hinkley Point C) und privaten (Paks II) Subventionierung von AKW-Projekten** vor einer „Wiedergeburt“ der Atomenergie?
- Und wie steht es eigentlich um die **Energiestrategie der Republik Österreich?**
- Ist der **Energiewendevertrag des österreichischen Umweltministeriums** eine angemessene Antwort auf den **EURATOM-Vertrag,** der nach wie vor als Rechtfertigung für den Bau und die Förderung neuer Atomkraftwerke in Europa dient?

Anmeldung über oekostrom.at oder direkt auf: http://www.eventbrite.com/e/atomkraft-20-kommt-es-zum-showdown-in-der-europaischen-energiepolitik-tickets-24423148294.

Alternative für Deutschland (AfD):

Atom, Kohle her, Erneuerbare weg!

Raimund Kamm ist seit Jahren, eher Jahrzehnten, der Hauptkämpfer gegen das AKW GUNDREMMINGEN und das angeschlossene Atommüll-ZWILAG und Vorsitzender des **FORUM Gemeinsam gegen das Zwischenlager und für eine verantwortbare Energiepolitik e.V.** Was er im AfD-Wahlprogramm für Baden-Württemberg gefunden hat, spricht eine beredte Sprache.

Dipl.-Ökonom Raimund KAMM, Management-Trainer, jahrzehntelanger Kämpfer gegen die Atomwirtschaft und für Erneuerbare und Energieeffizienz

Im Energiebereich (wie in anderen materiellen Bereichen) geht die Erregung zwar auch, aber nicht augenblicklich derart hoch wie in allem, wo es um die Menschen an sich und ihre Gesellschaften, Völker, Nationen geht. In Energiefragen geht es nicht gleich um individuelle und kollektive Identität u.ä. Daher ist an den Grundsätzen politischer Gruppierungen in solchen Sachbereichen vielleicht nüchterner ablesbar und ist anhand dessen vernünftiger diskutierbar, wes Geistes Kind sie tatsächlich sind.

Kleine Zusatzüberlegung der PLAGE zum rechts Zitierten: Stark anzunehmen, daß die AfD-Oberen zB auch für Fracking eintreten. Allein schon das Festhalten am „gegenwärtigen Energiemix“ auf zehn Jahre hinaus bedingt das. Hier, ebenso wie beim gesamten Uranabbau und dessen strahlenden Hinterlassenschaften, ist ihnen zwangsläufig auch das Schicksal der betroffenen Umwelt und Menschen wurscht.

Raimund KAMM, e-Mail 24.2.2016:

Liebe Gesundheits- und Umweltfreunde,
ich habe mir die energiepolitischen Aussagen im Landtagswahlprogramm der AfD Baden-Württemberg im Internet angeschaut. Unter der Überschrift „Für unser Land – für unsere Werte“ schreibt und fordert die Partei (Zitate):

„Die AfD bekennt sich zu den christlichen und den aufklärerischen Wurzeln.
Sie plädiert für ein zehnjähriges Moratorium, während dessen der gegenwärtige Energiemix beibehalten werden soll (also mit dem heutigen Atom- und Fossilanteil – A.d.R.).
Die Politik hat den Klimawandel zu einer menschengemachten Klimakatastrophe hochstilisiert. In Deutschland geschürte Ängste vor Treibhausgasen und vor der Kernenergie führten und führen zur einseitigen Bevorzugung der sogenannten Erneuerbaren Energien.
Es gab und gibt bis heute keinen sachlichen Grund, von unserer ehemals weltweit sichersten und preisgünstigen Stromversorgung abzugehen.
Die Kerntechnikkompetenz in Baden-Württemberg erhalten!
Als ersten Schritt eines Ausstiegs aus dieser Planwirtschaft fordern wir die ersatzlose Streichung des EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz).
AfD heißt also auch: „Atomkraft für Deutschland“ – Atomkraft ist einer ihrer „Werte“!

pla_ge AKTIV-KUPON

Name: _____

Straße: _____ PLZ/Ort: _____

Telefon: _____ e-Mail: _____

ABO

❏ Förderndes Mitglied* € 40,– ❏ Aktives Mitglied (Normalverdiener)* € 20,–
❏ Aktives Mitglied (Studenten/Schüler)* € 8,– ❏ PN-Abo (keine Mitgliedschaft) € 8,–
❏ Tragt mich in die Helferliste ein – ich möchte mich aktiv an der PLAGE-Arbeit beteiligen

** jährlicher Mitgliedsbeitrag inkl. PN-Abo*

Was wir tun

Der Politik auf die Finger schaun. Bildungsarbeit – Infostände – Unterschriftenaktionen – Vorträge – Ausstellungen – Medienarbeit – Leserbriefe – Erstellen von Informationsmaterial – Veranstaltungen – Demonstrationen

An PLAGE
Nonntaler Hauptstraße 86
5020 Salzburg

oder per Fax
0662/643567

Top Ten der vernachlässigten Nachrichten 2016

Die Jury der **Initiative Nachrichtenaufklärung (INA) e. V.** präsentiert jährlich zehn Nachrichten oder Themen, die in der medialen Berichterstattung zu kurz gekommen sind. Es handelt sich um Themen, die für die deutsche Öffentlichkeit relevant sind, über die aber bislang in Presse, Funk, Fernsehen und Internet kaum Debatten geführt werden. Die Top Ten des Jahres 2016 wurden am 17. Februar im Deutschlandfunk in Köln vorgestellt (Multimedia-Reportage auf den Internet-Seiten des Deutschlandfunks). Bei der Initiative Nachrichtenaufklärung kann man einen eigenen Themen-Vorschlag einreichen.

Top 1 besetzt 2016 das Thema „Finanzierung von Atomwaffen". Deutsche Finanzinstitute stehen in Geschäftsbeziehung zu den größten Konzernen, die Atomwaffen entwickeln, herstellen und warten. Banken und Versicherungen nehmen dadurch in Kauf, dass sie laufende Modernisierungsprogramme für Nuklearwaffen fördern. Eine im Jahr 2015 erschienene internationale Studie zur Finanzierung der atomaren Rüstung nennt zehn deutsche Finanzinstitute, die in Milliardenhöhe in entsprechende Unternehmen investiert haben. Aus Firmen, die auch Streumunition oder Landminen herstellen, haben sich viele Investoren inzwischen zurückgezogen. Für Atomwaffen gilt das bisher oft noch nicht. Über die zitierte Studie und die Fragen, die sich daraus ergeben, wurde in Deutschland kaum berichtet.

Fast noch erstaunlicher ist, welches Thema auf **Platz 2** erscheint: **„EU und Euratom: Verpflichtet, die Kernkraft zu fördern"!** Es kommt allmählich Bewegung in die Causa EURATOM in Deutschland. Möglicherweise indirekt auch eine Frucht der Bewußtseinsarbeit, der wir uns in der PLAGE seit Deutschlands endgültigem Ausstiegsbeschluß nach Fukushima 2011 verschrieben haben (siehe auch rechts: „EURATOM WATCH", der Newsletter, den die PLAGE gerade ins Leben gerufen hat.) In der Top-Ten-Liste der Initiative Nachrichtenaufklärung (INA) wird das mediale Stiefkind EURATOM so umrissen: **„Der Euratom-Vertrag ist ein Fossil:** Er wurde 1957 unterzeichnet und hat seitdem keinerlei Reformen erfahren. Recherchen zeigen, dass die Strukturen von Euratom ihren Aufgaben nicht mehr gerecht werden. Deutschland leistet nach wie vor Zahlungen an das Bündnis, dessen erklärtes Ziel ist, die Atomindustrie aufzubauen und zu entwickeln – trotz des beschlossenen Atomausstiegs. Ein klassisches Beispiel für ein langfristig relevantes, aber vernachlässigtes Thema."

Nach den Plätzen 1 und 2 folgt in den Top Ten eine bunte Palette weiterer Themen, die Spitze aber gehört den beiden großen Atomthemen!

Darüberhinaus erschien auf der INA-Seite am 25.2.2016 umgehend der erfreute **PLAGE-Kommentar:**

Nach dem EURATOM-Manifest:

EURATOM WATCH, ein neuer Newsletter

Wollen Sie ihn beziehen?

In der Plattform gegen Atomgefahren Salzburg (PLAGE) sind wir ausgesprochen erbaut, daß Sie mit der Top-Ten-Liste die fast gänzlich fehlende EURATOM-Berichterstattung problematisieren! (Immerhin ein Lichtblick, dass der Deutschlandfunk diese Top Ten aufgreift.)

Daß in Österreich einige Gruppen seit langem ziemlich intensive Arbeit zu EURATOM betreiben, ist manchen Ihrer Leser/innen vielleicht bekannt. Die PLAGE konzentriert sich dabei seit Fukushima auf einen EURATOM-kritischen Schulterschluß zwischen Österreich und Deutschland. Wir haben inzwischen mit nicht wenigen deutschen Organisationen und Akteur/inn/en der "Szene" Verbindung hergestellt, v.a. über ein EURATOM-MANIFEST, das wir unter Begutachtung von Lutz MEZ (FU Berlin) und dem Ko-Autor des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) im Bundestag, Hans-Josef FELL, formuliert haben. Dieses erfüllt mehrere Zwecke zugleich:

- Verbreitung einer **gemeinsamen Mindest-Basis an Wissen über EURATOM in Deutschland** (die dichtestmögliche Information auf zwei Seiten);
- Schaffung eines **breiteren Problembewußtseins und der Motivation**, dieses Problem aktiv anzugehen: EURATOM unterläuft auf vielfache Weise sowohl den deutschen Atomausstieg als auch Österreichs „Atomfrei"-Status!
- Das **EURATOM-Manifest ist ein erstes politisches Instrument „von unten"**, um die EURATOM-Kritik in Deutschland breiter voranzubringen: Um das Manifest herum erfolgt ein gewisser Zusammenschluß der interessierten Gruppen und Organisationen. Sobald ein Großteil der Antiatomszene und der bewegenden Personen hinter dem Manifest stehen, kann es in eine breitere Öffentlichkeit getragen werden: Medien, Parteien usw.;
- andere Instrumente lassen sich darauf aufbauen: regionale und/oder bundesweite Konferenzen zu vertiefter Information über EURATOM und zur Entwicklung politischer Initiativen, Kampagnen; Herstellung gemeinsamer Info- und Aktionsmaterialien…

Ein solches **weiteres Instrument** gibt es übrigens seit kurzem: Anfang März brachte die PLAGE unter dem Titel **EURATOM WATCH** die erste Ausgabe eines ständigen Newsletters heraus. Wer ihn erhalten möchte, kann ihn per Mail bei julia.bohnert@plage.cc bestellen. Siehe auch die Homepage http://www.plage.cc.

EURATOM, die Privilegienfestung der europäischen Atomindustrie, gehört endlich nachhaltig angegangen!

Heinz Stockinger,
Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE), Salzburg

Dauerbrenner Fessenheim: AKW-Unfall verharmlost?

Womöglich war es eine der dramatischsten Havarien in Westeuropa: 2014 musste ein Krisenstab in Frankreichs ältestem AKW die Notbremse ziehen – mit einer sehr ungewöhnlichen Maßnahme. Das Ereignis wurde heruntergespielt: die Atombetreiber wollen ja partout verhindern, daß Staatspräsident Hollande wenigstens das Versprechen erfüllt, Fessenheim bis 2016/17 stillzulegen.
In der Havarie 2014 hatte ein Wassereinbruch auf mehreren Ebenen die Elektrik beschädigt. Eines der beiden Systeme zur Reaktorschnellabschaltung fiel aus. Der Versuch, den Reaktor ordnungsgemäß herunterzufahren scheiterte, weil sich die Steuerstäbe nicht bewegen ließen. Das geht aus einem Schreiben der Atomaufsichtsbehörde ASN an den Leiter des Kraftwerks hervor.

„Seele der Anlage war betroffen"

Der Westdeutsche Rundfunk (WDR) und die Süddeutsche Zeitung (SZ) zitierten einen Reaktorexperten, dem zufolge es eine vergleichbare Situation in Westeuropa bis dahin noch nicht gegeben habe. „Es betrifft hier den Reaktorkern, also die Seele, die Zentrale der Anlage", so Manfred Mertins, der seit Jahrzehnten als Sachverständiger für Reaktorsicherheit tätig ist. Er war Mitarbeiter der Gesellschaft für Reaktor- und Anlagensicherheit (GRS), die im Auftrag der Bundesregierung die Sicherheit von Atomkraftwerken bewertet.
Laut Mertins handelte es sich um ein „sehr ernstes Ereignis". Für etwa drei Minuten sei die Temperatur im Reaktorkern aus dem Ruder gelaufen. In dieser dramatischen Situation richtet der Kraftwerksbetreiber einen Krisenstab ein, der sich für eine ungewöhnliche Maßnahme entscheidet: Bor wird in den Reaktorbehälter eingeleitet, um den Reaktor herunterzufahren.
Die französischen Behörden spielten ebenso wie die Betreiberfirma EDF den Vorfall in der Öffentlichkeit herunter. Nicht einmal die Internationale Atomenergiebehörde IAEA in Wien erfuhr davon, dass Bor als Notbremse eingesetzt werden musste.

(Quelle: Deutsche Welle, 4.3.2016)

„Für die dreimonatige Betriebseinstellung der sieben ältesten Anlagen als vorläufige aufsichtliche Maßnahme sieht das Atomgesetz in § 19 Abs. 3 Satz 2 Nr. 3 eine einschlägige Rechtsgrundlage vor. Auf dieser Rechtsgrundlage kann bei Vorliegen eines Gefahrenverdachts die einstweilige Betriebseinstellung angeordnet werden.
Jetzt hören Sie wieder gut zu: Ein derartiger Verdacht ist nach dem Atomrecht – das ist so genau – dann gegeben, wenn sich wegen bedründeter Unsicherheiten im Rahmen der Risikovorsorge Schadensmöglichkeiten nicht völlig ausschließen lassen.
Es ist eine neue Lage. Da sich gerade bei älteren Anlagen die Frage nach den in der Auslegung berücksichtigten Szenarien in besonderer Weise stellen kann, haben sich die Bundesregierung und (...) dazu entschlossen, diese Anlagen für den Zeitraum der Überprüfung vom Netz zu nehmen. Dies ist Ausdruck äußerster Vorsorge, der sich die Bundesregierung und die Ministerpräsidenten zum Schutz der Bevölkerung verpflichtet sehen."

Angela Merkel, 17. 3. 2011, offizielle Erklärung nach Fukushima

Collagen: Eva STEGEN, Elektrizitätswerke Schönau (EWS), Schwarzwald

P.b.b. Erscheinungsort Salzburg, 02Z031966
Verlagspostamt 5020 Salzburg, DVR 0781665M

Die Plage News (PN) erscheint i.d.R. 3 – 4 mal pro Jahr
Die genaue Zahl und Erscheinung variieren
aufgrund von Aktionen, Neuigkeiten, Belastungen usw.

P L A G E
Überparteiliche Salzburger Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE).
Nonntler Hauptstraße 86, 5020 Salzburg, Homepage: www.plage.cc
Spenden: Salzburger Sparkasse, IBAN: AT382040400000001313, BIC: SBGSAT2S